



Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Tel.: 030/24344-5762  
[buero@fluechtlingsrat-berlin.de](mailto:buero@fluechtlingsrat-berlin.de)  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)



Flüchtlingsrat Brandenburg e.V.  
Tel.: 0331/ 71 64 99  
[info@fluechtlingsrat-brandenburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-brandenburg.de)  
[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de)

Berlin / Potsdam, 23. Juli 2012

### ***Gemeinsame Presseerklärung der Flüchtlingsräte Brandenburg und Berlin Innenpolitik / Landespolitik / Asyl / Flucht / Flughafen BER Willy Brandt***

Petition erfolgreich abgeschlossen - Unterschriften an Ministerpräsident  
Platzeck übergeben!

Rund 5400 Menschen haben seit dem 24. Juni 2012 die Petition der Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg gegen die Inhaftierung ankommender Flüchtlinge auf dem Flughafen BER Willy Brandt unterzeichnet und fordern von der Brandenburgischen Landesregierung:

- die Internierungseinrichtung für Asylsuchende am Flughafen BER „Willy Brandt“ nicht in Betrieb zu nehmen,
- sich gegenüber der Bundesregierung intensiv dafür einzusetzen, dass am Flughafen BER keine Flughafenasylverfahren durchgeführt werden,
- alle ihre Entscheidungen hinsichtlich des Flughafenasylverfahrens am Flughafen BER transparent zu machen und sofort der Öffentlichkeit zu kommunizieren, und
- die Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens zügig umzusetzen.

**Bereits am 1. August 2012 will die Landesregierung die Internierungseinrichtung für ankommende Flüchtlinge in Betrieb nehmen - lange, bevor der übrige Flughafen Willy Brandt, für den sie gebaut wurde, fertig ist. Dagegen protestieren die Unterzeichnenden scharf!**

Am 10. Juli hat die Landesregierung beschlossen, zusammen mit Rheinland-Pfalz eine Initiative zur Abschaffung des Flughafen-Schnellverfahrens in den Bundesrat einzubringen. Darin werden Zweifel an der Möglichkeit eines fairen Verfahrens und an der Rechtfertigung für das Verfahren und "der tage- bis wochenlangen Unterbringung auf begrenztem Raum innerhalb des Flughafengeländes" geäußert.

Beate Selders vom Flüchtlingsrat Brandenburg erklärt dazu: „Die Landesregierung macht sich unglaublich, wenn sie einerseits das Verfahren ablehnt, aber gleichzeitig schon Monate vor der Flughafeneröffnung die Internierungseinrichtung in Betrieb nimmt. Überhaupt nicht nachvollziehbar

*ist das auch angesichts der enormen Kosten, die der bloße Betrieb der Anlage verursacht, während für alles, was das Leben von Flüchtlingen im Land verbessern würde, kein Geld da ist."*

Auch Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin fordert vom Brandenburger Ministerpräsidenten Platzeck: „Wir hoffen, dass es der Landesregierung ernst ist mit ihrer Ablehnung des Flughafen-Asylverfahrens und sie die Chance nutzt, dies zu beweisen.“

Am Samstag, den 28. Juli 2012, finden am Flughafen Schönefeld Protestaktionen gegen die Inbetriebnahme der Internierungseinrichtung und das Flughafenasylverfahren statt.

**Pressekontakt:**

Flüchtlingsrat Brandenburg, Beate Selders mobil: 0176-610 264 43  
Flüchtlingsrat Berlin, tel: 030-243 445 762

Anlage: Übergabeschreiben an Ministerpräsident Platzeck

**Das Flughafenverfahren**

Nach dem Willen der Bundesregierung soll am neuen Berliner Großflughafen "Willy Brandt" das sog. Flughafen-Asylverfahren im großen Stil durchgeführt werden. Asylsuchende Flüchtlinge und ihre Kinder sollen noch vor ihrer Einreise inhaftiert und einem rechtsstaatlich äußerst fragwürdigem Asyl-Schnellverfahren unterzogen werden.

Voraussetzung ist, dass auf dem Flughafengelände eine geeignete „Unterkunft“ existiert, denn dort gelten sie als noch nicht eingereist. Innerhalb von zwei Tagen nach Stellung des Asylantrags ergeht eine Entscheidung, ob der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt oder die Einreise erlaubt wird. Im Falle einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ bleibt den AsylbewerberInnen nur drei Tage Zeit, um Klage beim Verwaltungsgericht zu erheben sowie einen Eilrechtsschutzantrag einzureichen. Wird der Eilantrag gegen die Einreiseverweigerung binnen zweier Wochen abgewiesen, verbleiben sie in der Internierungseinrichtung, bis die Abschiebung möglich wird.

Menschenrechtsorganisationen und Anwaltsvereine halten die Inhaftierung von Schutzsuchenden und ihrer Kinder für menschenrechtswidrig. Die Eile des Flughafen-Verfahrens sowie die kurzen Rechtsschutzfristen machen ein faires Asylverfahren unmöglich und können zu fatalen Fehlentscheidungen führen.

Die Inhaftierung schutzsuchender Flüchtlinge am Flughafen wird derzeit vor allem in Frankfurt/Main praktiziert, in wenigen Einzelfällen auch in Hamburg, München, Düsseldorf und Berlin-Schönefeld. Alle anderen deutschen Flughäfen, darunter Stuttgart, Köln/Bonn und Berlin-Tegel, verzichten auf die Internierung Asylsuchender und gewähren die Einreise und ein reguläres Asylverfahren.

Wohlfahrtsverbände, kirchliche Organisationen und zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen das Flughafenverfahren ausgesprochen:

[www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Gemeinsame\\_Stellungnahme\\_Flughafenverfahren.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Gemeinsame_Stellungnahme_Flughafenverfahren.pdf)

Weitere Informationen unter:

[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/materialienabschiebungen/asylverfahren/flughafenverfahren](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/materialienabschiebungen/asylverfahren/flughafenverfahren)